



Schlangestehen für den Corona-Test: Berlin erlebt wie viele andere Städte gerade einen Ansturm auf Arztpraxen und Teststationen

„Das hätte fatale Folgen für die Akzeptanz aller Maßnahmen“

Das Beherbergungsverbot für Inlandsreisen wird zum zentralen Streitpunkt im Corona-Herbst. Der Psychologe Stephan Grünewald warnt vor den Folgen solcher schwer nachvollziehbarer Maßnahmen. Welche Strategie zielführender wäre



„Die Menschen sind seit über einem halben Jahr in einer inneren Habachtstimmung“, sagt der Psychologe Stephan Grünewald

Im Kölner Rheingold-Institut liegt „Deutschland auf der Couch“, so auch ein Buchtitel des Mitbegründers und Psychologen Stephan Grünewald. Das Forschungsinstitut leuchtet in ausführlichen Tiefeninterviews die Stimmungslage der Bevölkerung aus. Mit Blick auf Corona und die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung sieht Grünewald, der auch dem Expertenrat Corona der nordrhein-westfälischen Landesregierung angehört, den beginnenden Herbst und die steigenden Infektionszahlen mit Sorge.

VON HANNELORE CROLLY

WELT: Herr Grünewald, die Aufregung um das Beherbergungsverbot ist groß, die Kritik nimmt zu. Droht die Stimmung in der Bevölkerung zu kippen, was die Corona-Maßnahmen der Politik angeht?

STEPHAN GRÜNEWALD: Die Politik läuft tatsächlich in Gefahr, einen Fehler zu machen. Selbst der Hohepriester der Vorsicht, Karl Lauterbach, hält das Beherbergungsverbot für unnötig, weil das Risiko nicht im Reisen besteht. Der Aufenthalt in der Ferienwohnung auf der Schwäbischen Alb ist nicht das Problem. Jetzt droht die Gefahr, dass vielen die Corona-Politik insgesamt als nicht mehr sinnvoll und nachvollziehbar erscheint, sondern als beliebig und willkürlich.

Was ist denn das Problem? Die Feierwut der Jugend? Eine wachsende Nachlässigkeit beim Maskentragen und Abstandhalten?

Unsere Studien zeigen keine wachsende Feierwut. Das Bedürfnis nach Zusammenkünften ist ganz natürlich, und die Leute haben es schon im Sommer oder Spätsommer befriedigt, ohne allerdings dieselben Folgen zu erleben wie jetzt. Das Problem sind vor allem die äußeren Bedingungen. Die Temperaturen sinken, das Leben spielt sich nicht mehr draußen ab, wo es unproblematischer ist. Man sieht das im europäischen Vergleich und weltweit: Überall gehen die Zahlen nach oben, und bestimmt ist nicht global die Partylaune explodiert. Feiern, die im Sommer unproblematisch waren, können jetzt eben zum Hotspot werden. Der falsche Weg wäre es, wenn die Politik dafür nun Schuldige sucht und der Bevölkerung eine Mitschuld zuweist. Das hätte fatale Folgen für die Akzeptanz aller Maßnahmen.

Registrieren Sie in Ihren Studien bereits Folgen solcher Schuldzuweisungen

gen, die ja auch in der Politik teilweise tatsächlich stattfinden?

Die Menschen sind seit über einem halben Jahr in einer inneren Habachtstimmung. Sie versuchen, die Normalität zu beschwören und halbwegs aufrechtzuerhalten, und sie merken immer wieder, dass das nicht klappt. Das führt natürlich zu Ärger und manchmal zu einer offenen Aggression. Es werden aber nicht der Herbst und die allgemeinen Bedin-

gungen als Problem ausgemacht, sondern es wird personalisiert. In der Urlaubszeit waren das die Reisenden, gerade kapriziert sich das auf die jugendlichen Partygänger.

Die Bürger haben schon deutlich schärfere Auflagen als das Beherbergungsverbot hingenommen und teilweise sogar begrüßt. Warum jetzt die Aufregung?

Die Lage war im Frühjahr eine völlig andere. Damals haben sich die Bürger ohnmächtig gefühlt. Sie haben den Staat mit der Macht ausgerüstet, die Lockdown-Maßnahmen herbeizuführen, immer in der Hoffnung, dass man das Virus durch die kollektive Kraftanstrengung in die Knie zwingt. Und das war ja auch von Erfolg gekrönt. Die Infektionszahlen sanken schnell, das Wetter zeigte sich von seiner sonnigen Seite. Es war wie eine himmlische Belobigung. Jetzt sieht es völlig anders aus. Virologen wie Hendrik Streeck sagen seit Monaten voraus, dass die Zahl der Neuinfektionen im Herbst massiv steigen könnte. Das führt dazu, dass die Bürger nun keine Erfolgserlebnisse mehr haben. Zugleich werden hektisch immer neue Maßnahmen entworfen. Das führt unweigerlich zu Frust. Selbst die himmlische Wettertröstung bleibt aus, weil es nun einmal Winter wird.

Wie sollte die Politik reagieren?

Maßnahmen wie eine Teilnehmerobergrenze bei Veranstaltungen sind sicher sinnvoll. Aber es darf bei ihrer Verhängung nie der Eindruck vermittelt werden, dass das eine Strafe ist für persönliches Missverhalten. Wichtig ist der Appell an Vernunft und Freiwilligkeit, eine Konnotation mit individuellem Versagen sollte es nicht geben. Natürlich ist jeder verantwortlich, weiter achtsam zu sein. Aber wir führen jetzt eben einen Kampf unter erschwerten Bedingungen. Richtig ist, an die kollektive Anstrengung zu appellieren, aber nicht mit dem Unterton: Ihr wart unvernünftig, das habt ihr jetzt davon, und jetzt nehmen wir euch an die Kandare. Aus psychologischer Sicht ist der Frust außerdem programmiert, wenn wir uns nur an den deutschen Infektionszahlen orientieren. Menschen brauchen das Gefühl, dass das, was sie leisten, eine Wirksamkeit hat, sie wollen belohnt werden. Das kann gelingen, wenn man betont, wie es Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) zeitweise getan hat, dass wir im internationalen Vergleich sehr gut durch die Krise gekommen sind und das auch weiter schaffen können, wenn wir zusammenhalten.

Wie kam die Politik denn wohl überhaupt auf das Beherbergungsverbot? Man will aus der Ohnmacht heraus und sich handlungsfähig zeigen. Besser wäre gewesen, sich schon im Spätsommer auf klare Schrittfolgen zu einigen und diese zu kommunizieren. Damit keine Panikstimmung aufkommt, sollten die Men-

schen das Gefühl entwickeln, dass es auch beim Virus einen ganz natürlichen Rhythmus der Jahreszeiten gibt. Wir haben ja auch gelernt, nicht in Panik zu verfallen, wenn die Temperaturen fallen und es zu schneien beginnt. Wir wechseln dann eben von Sommer- auf Winterreifen und ziehen uns wärmer an. Auch bei Corona muss in Fleisch und Blut übergehen, dass wir im Winter ein anderes Verhaltensrepertoire benötigen als im Sommer.

Aber es ist doch noch lange nicht Winter, der Anstieg der Zahlen begann schon früher.

Wir sind ja auch erst am Anfang der Entwicklung. Trotzdem wird schon fast überzogen an der Maßnahmenschraube gedreht. Das ist sehr riskant.

Welche Folgen könnten der Frust und die Zweifel haben?

Im Moment steht der große Schulterschluss noch. Immer noch ist eine Mehrheit für die Maßnahmen. Vor Kurzem waren sogar ein paar Prozent für noch härtere Maßnahmen, und nur zwölf oder 13 Prozent fanden die Maßnahmen übertrieben. Das wird sich ändern. Ich beobachte in vielen unserer Interviews und Gespräche, dass schrittweise eine Abwendung von der Politik stattfindet und die Zweifel wachsen, ohne dass gleich alle zu Verschwörungstheoretikern werden. Es wird zunehmend Argwohn und Misstrauen gegenüber der Politik formuliert.

Viel Kritik gibt es auch am Flickenteppich der Maßnahmen, andererseits sind die Bundesländer und Regionen tatsächlich sehr unterschiedlich betroffen. Welcher Weg ist der richtige?

Maßnahmen regional auszusteuern ist sinnvoll, aber es muss eine Einigung auf nachvollziehbare Grundprinzipien geben, sonst verliert man die Bürger auch. Und es wirkt auch psychologisch nachteilig, wenn wir in den Regelungen wie in die Kleinstaaterei verfallen. Dann machen wir uns auch selbst klein. In der Folge sinkt die Zuversicht, dass wir uns gemeinsam gegen das Virus stemmen können.

Was passiert, wenn die Stimmung kippt? Werfen dann die Leute demonstrativ die Masken weg?

Erlebt haben wir das in der Prohibitionszeit: Dann verlagert sich sehr vieles in Schattenbereiche, und da pfeift man dann auf alle Bedingungen. Das wäre verheerend.

Rechtsextremisten beim BAMF enttarnt

Ein Mitarbeiter wurde bereits vor der Einstellung vom Verfassungsschutz beobachtet

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat seit 2017 zwei Mitarbeiter wegen rechtsextremistischen Verhaltens entlassen. Das erklärte ein Sprecher auf WELT-Anfrage. Man gehe „Fällen von rechtsextremistischen Verhaltensweisen unter seinen Mitarbeitenden konsequent nach“.

VON MANUEL BEWARDER

Laut Behörde hatte sich eine Person aus dem Geschäftsbereich öffentlich antisemitisch geäußert. Im anderen Fall ging es um einen Mann, der Mitglied in einer neonazistischen Organisation war und der vom Verfassungsschutz bereits vor Arbeitsbeginn beim BAMF als Rechtsextremist eingestuft worden war. Darüber hatte WELT vor einem Jahr bereits berichtet. Der Rechtsextremist war bei seiner Einstellung im Jahr 2017 nicht aufgefallen. Bereits damals war er Mitglied der vom Verfassungsschutz beobachteten „Hammerskins“-Bewegung und in der Rechtsrockszene aktiv. „Hammerskins“ gilt als wichtigste internationale tätige Skinheadorganisation, die Konzerte veranstaltet. Der Mann arbeitete in einer BAMF-Außenstelle und war an der Abwicklung sogenannter Dublin-Verfahren beteiligt gewesen.

Das Ausmaß der vom BAMF gemeldeten Fälle ist nicht zu unterschätzen: Vor wenigen Tagen war erstmals ein Lagebericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz über „Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden“ vorgestellt worden. Demnach wurden bei Sicherheitsbehörden des Bundes zwischen 2017 und März 2020 insgesamt 13 Personen wegen rechtsextremer Vorfälle aus dem Beamtenverhältnis entlassen. Abgefragt wurden dafür als Bundesbehörden der Verfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst, das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei, der Militärische Abschirmdienst und der Zoll – in diesen Geschäftsbereichen arbeiten insgesamt rund 109.000 Mitarbeiter.

Die Fälle aus dem BAMF mit seinen rund 8000 Beschäftigten tauchen im aktuellen Lagebild nicht auf. Die Behörde sieht sich laut eigener Webseite zwar als „wichtige Säule der deutschen Sicher-



Hauptsitz des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ist Nürnberg

heitsarchitektur“. Und Präsident Hans-Eckhard Sommer hatte in einem Interview einst erklärt: „Das BAMF sieht sich als Sicherheitsbehörde.“ Das übergeordnete Innenministerium jedoch hält an seiner engeren Definition von Sicherheitsbehörde fest. Ein Sprecher schrieb auf Nachfrage, da das BAMF keine Sicherheitsbehörde sei, tauche es im aktuellen Bericht nicht auf. Im nächsten Schritt werde die Analyse jedoch auf den gesamten öffentlichen Dienst und damit auch aufs BAMF erweitert.

Andererseits bei klassischen Sicherheitsbehörden seien Sicherheitsüberprüfungen kein Standard bei Neueinstellungen im Bundesamt, erklärte die Behörde. Solche Kontrollen fänden ausschließlich für Mitarbeiter in „sicherheitsempfindlichen Bereichen“ statt – etwa für jene der Einheit „Sicherheit im Asylverfahren“ oder aber für leitende Mitarbeiter oder sogenannte „Sonderbeauftragte für die Sicherheit im Asylverfahren“ in den Außenstellen. „Für eine flächendeckende Sicherheitsüberprüfung des BAMF-Personals beziehungsweise eine obligatorische Sicherheitsüberprüfung bei Neueinstellungen fehlt dem BAMF derzeit die Rechtsgrundlage in Form einer spezialgesetzlichen Regelung“, so der Behördensprecher. Neue Mitarbeiter hätten eine Erklärung über die Treuepflicht zum Grundgesetz zu unterschreiben. Man setze zudem auf Schulungen, um derartige Vorfälle zu vermeiden.